



Euro-Kurzinformation

56. Ausgabe

im März 2017

☞ Für eine grundlegende Reform der Europäischen Verträge

Der Landesfachausschuss Internationale Politik hat in den vergangenen Monaten über mögliche Lösungen der gegenwärtigen Defizite in der EU beraten. Auf dem FDP-Landesparteitag am 18./19. März in Hanau wurden drei Anträge eingereicht, von denen der erste vorgestellt werden konnte, breite Zustimmung erfuhr und zur weiteren Beratung an den Landesvorstand delegiert wurde.

Die FDP Hessen setzt sich für eine zukunftsgerichtete grundlegende Reform der Europäischen Union ein. Das nächste europäische Parlament soll gemeinsam mit einer gleichen Anzahl von Vertretern der jeweiligen nationalen Parlamente im Rahmen eine „Europäischen Vertragsgebenden Versammlung“ bilden. Im Dialog mit den Bürgern wird binnen drei Jahren einen Reformentwurf für die europäischen Verträge erarbeitet. Über den neuen Europäischen Vertrag müssen die europäischen Bürger in einer gemeinsamen europäischen Volksabstimmung abstimmen und damit die Grundlage für die Europäische Union der Zukunft schaffen.

Ziel der Reform sind zunächst drei Punkte. Erstens muss sichergestellt werden, dass Entscheidung und Verantwortung wieder in einer Hand liegen und die Entscheidungsprozesse in der EU transparent und demokratisch gestaltet sind. Daher soll zukünftig die gesetzgebende Initiative und Regierungsbildung von dem Europäischen Parlament ausgehen, der Europäische Rat soll durch einen Europäischen Senat als 2. Kammer abgelöst und ein „Europäisches Vertragsgericht“ aus dem Europäischen Gerichtshof herausgelöst werden, welches die Rolle der Hüterin der Verträge übernimmt. Zweitens müssen die Verantwortungsbereiche der EU klar definiert und von denen der Mitgliedsstaaten abgegrenzt werden. Ein Thema darf nur dann in der Verantwortung der EU liegen, wenn sich hieraus relevante Vorteile für die Mitgliedsstaaten ergeben. Dazu sollen analog zu Art. 70 ff. Grundgesetz eindeutig festgelegt werden, welche Aufgaben im Verantwortungsbereich der EU liegen und welche auf nationaler Ebene bleiben. Und drittens muss sichergestellt werden, dass die Grundlagen der EU - ihre Verträge - eingehalten werden, was durch die doppelte Verantwortung der Europäischen Kommission als Vertragshüterin und Regierung nicht immer möglich war. Dies soll dadurch sichergestellt werden, dass Vertragsverstöße zukünftig vor dem Europäischen Vertragsgericht verhandelt werden.

Zur konkreten Gestaltung und Lösung aktueller Problemstellungen wurden zwei weitergehende Anträge formuliert. Zum einen soll mehr Stabilität und Eigenverantwortung innerhalb der Europäischen Währungsunion via starker, unabhängiger und handlungsfähiger Bankenaufsicht, Ausschluss von Fiskaltransfers und Insolvenzrecht sichergestellt werden. Zum anderen muss die EU sich auf die geänderten Rahmenbedingungen der Außen- und Sicherheitspolitik zukunftsfristig ausrichten. Hierzu erfahren Sie mehr in der nächsten Ausgabe unserer Euro- Kurzinformationen.

Kommentar: Wir brauchen ein funktionsfähiges und stabiles Europa – und Europa kann von zukunftsfähigen liberalen Ideen profitieren!

☞ **Ärger mit der Türkei – worum geht es bei der Verfassungsreform?**

In der Türkei wird am 16. April über die Verfassungsreform abgestimmt, die ein Präsidialsystem vorsieht. Was sieht die Verfassungsreform vor?

- Der Präsident wird nicht nur Staats- sondern auch Regierungschef. Das Amt des Ministerpräsidenten entfällt.
- Der Präsident darf künftig einer Partei angehören, was bisher nicht erlaubt war. Er wird nicht mehr vom Parlamentspräsidenten, sondern von einer vom Präsidenten zu bestimmenden Anzahl von Vizepräsidenten vertreten.
- Der Präsident ist für die Ernennung und Absetzung seiner Stellvertreter und der Minister zuständig.
- Der Präsident kann zu Themen, die exekutive Regelungen betreffen, Dekrete erlassen, die mit Veröffentlichung im Amtsanzeiger in Kraft treten.
- Der Präsident kann das Parlament auflösen und Gesetzesvorhaben mit seinem Veto blockieren.
- Die Amtszeiten des Präsidenten bleiben auf zwei beschränkt, aber: sollte das Parlament in der zweiten Amtsperiode Neuwahlen beschließen, kann der Präsident noch einmal kandidieren.
- Der Präsident bekommt mehr Einfluss auf die Justiz: Im Rat der Richter und Staatsanwälte kann der Präsident künftig vier der 13 Mitglieder bestimmen.

Kommentar: Christian Lindner sieht die Türkei auf dem Weg in eine islamische Präsidialdiktatur. Dass europäische Grundwerte „mit Blick auf die Türkei gefährdet sind, daran kann ja kein Zweifel bestehen“, stellt er klar. Wolfgang Kubicki schlägt vor: “Die Zahlungen der Heranführungshilfen der EU in Milliardenhöhe, die ja eigentlich zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft an die Türken geleistet werden, müssen sofort eingestellt werden.“

☞ **ELF – Das liberale Forum**

Hinter der Abkürzung ELF verbirgt sich das European Liberal Forum, eine politische Stiftung auf europäischer Ebene, die mit der ALDE-Partei verbunden ist. Sie wurde 2007 gegründet und vereint liberale politische Stiftungen und Institute aus allen Ländern der Europäischen Union. Zu ihr gehört auch die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Im Vergleich zu anderen politischen Stiftungen in Europa ist der unabhängige Status des Europäischen Liberalen Forums viel stärker ausgeprägt. ELF steht allen Arten von liberalen Akteuren offen, sofern sie zu den von den europäischen Liberalen vertretenen Ideen passen. ELF ist ein liberaler europäischer Think Tank, der der ALDE-Partei wissenschaftliche Beiträge zur Politikentwicklung zur Verfügung stellt. Schwerpunkte sind liberale Lösungen für die europäische Wirtschaft, Stärkung des Rechtsstaats in Europa und die Zukunft der EU.

Kommentar: ELF hat viel zu tun in diesen Zeiten.

☞ **Bier gibt es am Nordpol**

Longyearbyen auf der Inselgruppe Spitzbergen ist die letzte Stadt vor dem Nordpol. Dort gibt es auch die letzte Brauerei, die „Svalbard Bryggeri“. Das benötigte Wasser ist zu sechzehn Prozent Schmelzwasser vom nahegelegenen Boger-Gletscher, Malz kommt aus Finnland, die Dosen aus Wales. Lange war Brauen auf Spitzbergen verboten. Es wurde Kohle abgebaut und die Bergleute sollten nicht so leicht dem Alkohol verfallen. 2014 änderte das norwegische Parlament das Gesetz. Nun gibt es Spitzbergener Dosenbier, die Büchse zu 60 Kronen, das sind gut 6 Euro.

Kommentar: Prost!

Jürgen Bokr

Christa Wittern

Nur zur parteiinternen Verwendung gedacht!